

Rede von Stadtdirektorin und Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert anlässlich der Einbringung des Haushalts 2027/2028

Bitte beachten Sie die Sperrfrist bis zum Ende der Rede.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Gäste auf der Tribüne und im Livestream,
sehr geehrte Vertreter*innen der Medien,

(Einleitung: Bedeutung der finanziellen Handlungsfähigkeit)

als Sie heute zu dieser Sitzung ins Rathaus gekommen sind, haben Sie vielleicht Stadtbahnen und Busse gesehen. Schülerinnen und Schüler, vielleicht auch Mitarbeitende der Stadtreinigung.

Vielleicht haben Sie Ankündigungen unserer Museen gesehen oder Menschen, die in den Grünanlagen Entspannung suchen.

Das alles ist Normalität. Normalität nehmen wir häufig nicht mehr wahr. Aber wir sollten genau hinschauen. Denn in all dem wird sichtbar, was **kommunale Handlungsfähigkeit** ausmacht, welche Bedeutung sie für unser Zusammenleben vor Ort hat.

Der Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit ist allerdings kein Selbstläufer. Als Finanzerin muss ich feststellen: Ihre finanzielle Basis erodiert. Und das in einer Geschwindigkeit, die atemberaubend ist.

(Jahresergebnis in Köln und Entwicklung der Verschuldung / Eigenkapital)

Schon vor vier Jahren haben die kommunalen Spitzenverbände gewarnt, dass wir vor der größten Finanzkrise der Städte und Gemeinden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stehen. Und sie haben Recht behalten.

Eine nie dagewesene Anzahl deutscher Städte und Gemeinden kann den Haushalt nicht mehr ausgleichen¹. Die Kommunen in der Bundesrepublik verzeichnen ein historisches Rekorddefizit und selbst Städte, die das Wort „Defizit“ bisher nicht zu kennen schienen, rutschen in tiefrote Zahlen ab.

Lassen Sie uns daher heute einen ungeschminkten Blick auf die finanzielle Realität der Zahlen werfen. Denn auch wir in Köln können uns dieser Entwicklung nicht entziehen.

Vor gerade einmal drei Jahren haben wir mit unserem **Jahresergebnis** eine Punktlandung hingelegt, in den Jahren davor sogar Überschüsse erwirtschaftet.

Und heute?

Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Fehlbetrag von fast 600 Mio. Euro. Im kommenden Jahr wird dieser Betrag auf über 800 Millionen Euro ² hochschnellen und 2029 wird das Finanzloch in unserem Haushalt an der Milliarden-Grenze kratzen³.

In der Folge wird unsere Verschuldung sprunghaft wachsen. Unsere Kassenkredite, also quasi der Dispo der Stadt, werden – wenn sich nichts ändert – ab 2027 jedes Jahr um rund 1 Milliarde Euro steigen. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt würden sie sich so Ende 2028 vervierfacht haben.

Zwangsläufig schmilzt uns das Eigenkapital weg. Nur durch durchgängig hohe Verlustvorträge (beginnend mit 760 Mio. Euro in 2028)⁴ (wohlgemerkt: Verlustvorträge, die uns die Kommunalaufsicht erst noch genehmigen muss), also nur durch Verlustvorträge gelingt es, den **Eigenkapitalverzehr** etwas hinauszuzögern und unter die regulären Schwellen für ein Haushaltssicherungskonzept zu bringen.

Gleichwohl wird unser Eigenkapital, welches noch vor kurzem bei mehr als 5 Milliarden Euro lag, innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung halbiert.

¹ Allein in NRW hatten bereits im vergangenen Jahr von den knapp 400 Städten und Gemeinden 336 einen Haushalt mit Verlustvortrag und 50 waren in der Haushaltssicherung (Quelle: Haushaltsumfrage 2025 Städtetag NRW).

² Fehlbetrag 2027: 811,3 Mio. Euro, 2028: 931,4 Mio. Euro.

³ Fehlbetrag 2029: 998,1 Mio. Euro.

⁴ 2028 760 Mio. Euro, 2029: 850 Mio. Euro, 2030: 850 Mio. Euro, 2031: 755,2 Mio. Euro.

Und wenn es nicht gelingt, die Verluste in den kommenden Jahren deutlich zu reduzieren, wenn wir die Verlustvorträge mit unserer Allgemeinen Rücklage verrechnen müssen, dann wird unser Eigenkapital Ende 2031 vollständig aufgebraucht sein. Dann ereilt uns das Schicksal so vieler anderer deutschen Kommunen, dann sind wir bilanziell überschuldet.

(Konsolidierungserfordernis)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das sind dramatisch schlechte Zahlen!

Das sind Zahlen und eine Entwicklung, denen wir nicht tatenlos zusehen dürfen. Und das tun wir auch nicht.

Unsere Zahlen wären noch schlechter, wenn wir nicht frühzeitig damit begonnen hätten gegenzusteuern.

Schon mit dem vorigen Doppelhaushalt haben wir erste schmerzhaft Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt. Wir haben sie gemeinsam hier im Rat beraten und umgesetzt. Im Nachgang zur Haushaltssperre haben wir von Tag eins des laufenden Jahres sehr restriktiv gewirtschaftet. Wir hinterfragen seitdem jede noch so kleine freiwillige Leistung und durchforsten auch das Portfolio der pflichtigen Aufgaben, wo wir rechtssicher bei Standards sparen und effizienter werden können.

Wir tun das immer mit Augenmaß, aber wir tun es konsequent.

Wir tun es, um diese Stadt nicht nur heute, sondern auch morgen finanziell handlungsfähig zu halten.

Dieser Gedanke, dass wir nicht tatenlos zusehen können und werden, war und ist auch für den heute vorgelegten Haushalt leitend. Im Ergebnis ist es uns – in einem solidarischen Kraftakt der gesamten Verwaltung – gelungen, noch einmal ein Konsolidierungsvolumen von rund 250 Millionen Euro, also einer Viertelmilliarde Euro, in jedem der beiden kommenden Haushaltsjahre zu verarbeiten.

Wir haben dafür im Aufstellungsverfahren einzelne Sachkonten top down gekürzt und gleichzeitig von den Dezernaten - bottom up - Konsolidierungsmaßnahmen erarbeiten lassen.

Wir haben alle Bereiche der Verwaltung und auch unsere Beteiligungen in den Blick genommen.

Wir haben ein Programm zur Sicherung der finanziellen Zukunftsfähigkeit Kölns entwickelt. Es ist Anlage zum Vorbericht unseres Haushalts. In ihm haben wir nicht nur die aktuell eingeplanten wesentlichen Maßnahmen beschrieben, sondern wir haben auch ausgeführt, wie es in den kommenden Jahren weitergehen kann und soll.

Das zeigt:

1. Wir nehmen die finanzielle Solidität dieser Stadt ernst.
2. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr.
3. Wir stemmen uns mit aller Kraft gegen diese Finanzkrise.

(Dank)

Es war – das ist nicht übertrieben - ein kräftezehrendes Aufstellungsverfahren. Das schwierigste, das ich in meinen nun schon mehr als zehn Jahren als Kämmerin erlebt habe.

Deshalb erlauben Sie mir schon zu Anfang ein paar Worte des persönlichen Danks.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Torsten, Du hast Dein Amt mitten in einer beispiellosen Finanzkrise angetreten. Danke für den klaren Blick auf die Realität und die Bereitschaft, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen.

Danke an den Verwaltungsvorstand, die Mitarbeitenden aller Dienststellen und Gesellschaften, die diese Notwendigkeiten mitgegangen sind, wenn auch teilweise mit sehr schwerem Herzen.

Ganz besonders danken möchte ich aber heute den Kolleginnen und Kollegen der Kämmererei und in meinem Dezernatsbüro. Wer so für die Finanzen dieser Stadt „brennt“ wie Sie, den / die lässt es nicht kalt, wenn es - trotz großen persönlichen Arbeitseinsatzes - nicht gelingt, den Abwärtstrend im Haushalt zu stoppen.

Ich möchte Ihnen, liebe Kolleg*innen, daher auch vor diesem Haus versichern: Sie haben mit Ihrer Expertise und Ihrem Einsatz Großartiges geleistet und Schlimmeres verhindert. Danke dafür.

(Haushaltsanalyse im Detail)

Damit zum Zahlenwerk:

(Entwicklung der Aufwandsseite)

Für 2027 sehen wir im Haushalt ein **Gesamtaufwandsvolumen** in Höhe von etwas über 7,1 Milliarden Euro vor⁵. Für 2028 liegen wir hier sogar bei knapp 7,5 Milliarden Euro⁶. Das sind gigantische Beträge, die wir für die Aufgaben in dieser Stadt bereitstellen.

Getrieben ist diese Entwicklung durch eine Kostendynamik, die wir seit einigen Jahren beobachten – nicht ausschließlich, aber doch vorrangig in Aufgabenbereichen, die durch landes- oder bundesgesetzliche Vorgaben geprägt, häufig aber nicht oder nicht auskömmlich finanziert sind:

Allein für den Bereich **Soziales** sieht der Haushaltsentwurf für die kommenden Jahren jeweils rund 1,4 Milliarden Euro vor⁷: Wir werden im kommenden Jahr in diesem Bereich rd. 86,5 Millionen Euro und 2028 124,2 Millionen Euro mehr als aktuell im Haushalt 2026 bereitstellen. Es ist weniger das Gesamtvolumen, als vielmehr die Dynamik der Kostenentwicklung, die mir – auch mit Blick auf die zukünftigen Haushalte – Sorgen bereitet:

Hohe prozentuale Zuwächse zeigen sich z.B. bei der **Hilfe zur Pflege**, die gegenüber dem Vorjahr um satte 21%⁸ auf rund 133 Millionen Euro gestiegen ist. Wir sehen hier die Folgen der demographischen Entwicklung und insgesamt höherer Pflegekosten. Die Stadt muss in immer mehr Fällen einspringen.

Die Veranschlagung für die **ambulante Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung** liegt zwar im kommenden Jahr mit rund 63 Millionen Euro⁹ nur bei knapp der Hälfte dieser Beträge, das ist aber trotzdem fast zweieinhalb Mal so viel

⁵ 7,15 Milliarden Euro.

⁶ 7,49 Milliarden Euro.

⁷ Der Haushaltsplanentwurf sieht vor 2027: 1,376,3 Mrd. Euro; 2028: 1,414,0 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Das sind mehr als 40 Prozent mehr als noch im Haushalt 2017. Damals lagen wir hier bei 974,39 Mio. Euro.

⁸ Anstieg von 110,6 Mio. Euro um 22,8 Mio. Euro auf rd. 133,4 Mio. Euro.

⁹ Die Veranschlagung im Haushaltsplanentwurf liegt in 2027 bei rund 63 Millionen Euro (2028 rund 66 Millionen Euro).

wie noch vor zehn Jahren. Auch hier haben es die Steigerungsraten „in sich“. Gegenüber 2026 ist es ein Plus von 49%. Gründe sind auch hier höhere Fallzahlen z.B. im Bereich der Schulbegleitung sowie höhere Kosten, die von den Leistungserbringern der Stadt in Rechnung gestellt werden.

Eine hohe Dynamik gibt es – das ist für Sie nicht neu - auch im **Jugendbereich**:

Wie in allen Städten und Gemeinden steigen auch in Köln die **Hilfen für junge Menschen und ihre Familien** drastisch. Im Zehnjahreszeitraum haben sie sich nahezu verdoppelt – auf rd. 475 Millionen Euro im kommenden Jahr¹⁰. Obwohl das Dezernat meines Kollegen Voigtsberger seit einigen Jahren kräftig gegensteuert, ist diese dynamische Entwicklung bisher ungebrochen. Gegenüber 2026 haben wir erneut rund 92,7 Millionen Euro¹¹ zusetzen müssen. Das ist ein Plus von 24 % und aktuell eine Folge der Kostenentwicklung, nicht der Fallzahlen.

Wir zeigen hier also ein starkes finanzielles Engagement. Das gilt im Übrigen auch bei Schule und Kita:

Für die Entwicklung des **Kita-Bereichs** sind in den kommenden zwei Jahren jeweils mehr als 800 Millionen Euro vorgesehen¹². Vor zehn Jahren waren es noch knapp 550 Millionen Euro¹³.

Infolge der Schulbauinitiative der vergangenen Jahre haben sich auch die **Schulmieten**¹⁴, die die Stadt an die Gebäudewirtschaft zahlt, deutlich erhöht – im Zehnjahresvergleich haben sie sich verdreifacht. Sie werden 2028 bei rund 451 Millionen Euro liegen¹⁵. Allein in diesen Bereich fließen damit 300 Millionen Euro mehr als noch vor zehn Jahren. Und diese bewusst eingegangene Kraftanstrengung ist noch nicht abgeschlossen: Es sind weitere Neubauten und auch umfangreiche Generalsanierungen geplant, neben den bereits beschlossenen 52 und teils schon begonnenen Baumaßnahmen befinden sich aktuell 89 weitere in der Planung.

Es ist daher richtig, dass wir Mitte vergangenen Jahres nach einem schwierigen Diskussionsprozess das Musterraumprogramm aktualisiert und an bundesweite

¹⁰ Die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2027/2028 liegen bei rd. 475,3 Mio. Euro für 2027 und rd. 491,1 Millionen Euro für 2028. 2017 waren es rd. 250,8 Mio. Euro, in 2026 382,6 Mio. Euro.

¹¹

¹² 2027: 802,69 Mio. Euro; 2028: 822,09 Mio. Euro.

¹³ 549,02 Mio. Euro.

¹⁴ Inklusive Nebenkosten.

¹⁵ Die Veranschlagung liegen bei 394,7 Mio. Euro in 2027 und rd. 451,5 Millionen Euro in 2028. 2017 waren es rd. 146,6 Mio Euro.

Standards angepasst haben. Und es ist absolut unabdingbar, dass sowohl im Schul- wie im Kita-Bereich alle Baumaßnahmen mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung kritisch überprüft und priorisiert werden.

Das alles zeigt, wie zentral die Aufgabenbereiche Soziales, Jugend und Schule für unseren Haushalt sind. Wenn im Zuge der Dezernatsneuordnung diese drei Aufgabenbereiche in einem Dezernat vereint sein werden, wird der Kollege für rund die Hälfte des Budgetvolumens dieser Stadt verantwortlich zeichnen¹⁶. Lieber Robert, ich schlage vor, dass wir dann schon mal eine Direktleitung zwischen unsere Büros legen lassen.

Betroffen von dieser dynamischen Entwicklung ist auch der **Landschaftsverband Rheinland**. Er hat daher nun für das kommende Haushaltsjahr angekündigt, seine Umlage von bisher 16,4 auf – sage und schreibe – 18,75 Prozent anzuheben. Schon aktuell zahlen wir stattliche 540 Millionen an den LVR¹⁷, zukünftig wären es rd. 615 Millionen Euro, d.h. 75 Millionen Euro mehr.

Wir halten diese Umlagehöhe für zu hoch und erwarten vom Landschaftsverband Rücksichtnahme auf die Belange seiner Mitgliedskommunen und dass dessen Planungen noch nach unten korrigiert werden. Ein entsprechendes Schreiben der kreisfreien Städte, dem sich neben Städten des Ruhrgebiets und des Bergischen Lands auch Düsseldorf und wir uns angeschlossen haben, wurde vorige Woche an den LVR verschickt. Diejenigen von Ihnen, die Mitglied in den LVR-Gremien sind, tragen daher eine hohe Verantwortung – auch für den Haushalt der Stadt Köln.

Aber auch auf einige **Entwicklungen außerhalb dieser drei großen Aufgabenbereiche** möchte ich eingehen:

Die Tarifikostensteigerungen machen sich natürlich auch bei uns bemerkbar. Der **Personaletat** wird im kommenden Haushalt bei rund 1,6 Milliarden liegen¹⁸. Die Zuwächse fallen gegenüber 2026 zwar mit rund 30 Millionen Euro (2027) bzw. rund

¹⁶ 2027 entfallen auf den Produktbereich „Soziale Hilfen“ 1.376,3 Mio. Euro, auf den Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ 1.389,3 Mio. Euro und den Produktbereich „Schulträgeraufgaben“ 734,5 Mio. Euro. Aufsummiert entfallen somit auf diese drei Produktbereich 3.500 Mio. Euro (=rd. 3,5 Mrd. Euro). Die städtischen Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 7,15 Mrd. Euro.

¹⁷ Festsetzung 2026: rd. 540,53 Mio. Euro

¹⁸ Insgesamt sind in 2027 1,562 Mrd. Euro und 2028 1,609 Mrd. Euro vorgesehen.

77 Millionen Euro (2028) vergleichsweise moderat aus, vor zehn Jahren lag der Personaletat allerdings noch bei deutlich unter einer Milliarde Euro. Unser Stellenplan ist schlicht in den vergangenen 10 Jahren von knapp 17.000 Stellen auf über 20.000 Stellen angewachsen¹⁹. Umso wichtiger es daher: Mit dem heute eingebrachten Stellenplan wird sich die Stellenzahl – gegen diesen Trend – erstmals leicht verringern.

Die deutlich ansteigende Verschuldung bei gleichzeitiger Zinswende belastet den Haushalt zusätzlich. Waren für **Zinsen** vor zehn Jahren noch rund 92 Millionen Euro fällig, wird es in den kommenden Jahren das Zwei- bis Dreifache sein²⁰.

Gleichwohl werden und wollen wir weiter in die Zukunft dieser Stadt investieren.

Im **Investitionshaushalt** sind hohe Millionenbeträge u.a. für die Sicherheitsinfrastruktur aber auch für Brücken- und Straßenbaumaßnahmen veranschlagt.

Allein aus dem Sondervermögen des Bundes erhält Köln über einen Zeitraum von zwölf Jahren rund 522 Millionen Euro, dafür sind inzwischen rd. 261 Millionen für den Schulbau und weitere 157 Millionen Euro für Investitionen in Verkehrs- und Sportinfrastruktur, in Digitalisierung, öffentliche Sicherheit und Krisenresilienz gebunden. Aktuell führen wir die Gespräche, wie der zweite Förderbereich in konkrete Projekte umgesetzt werden kann. Hier sollen – vor dem Hintergrund der Rekordtemperaturen dieses Sommers - insbesondere Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung mit einem Schwerpunkt auf Hitzeresilienz in den Fokus genommen werden.

Mit Blick auf die großen Investitionserfordernisse in den kommenden Jahren bringen diese Fördermittel eine gewisse Entlastung. Sie lösen aber unseren **Investitionsstau** bei weitem nicht auf. Umso wichtiger ist es, Investitionen, gerade Großinvestitionen, in den kommenden Jahren klug zu priorisieren. Mit dem Beschluss des Rates über die Einführung eines **Bauinvestitionscontrollings** wurden hier erste wichtige Schritte unternommen.

¹⁹ HPI. 2016/2027: 16.904 Stellen; HPI. 2025/2026: 20.056 Stellen.

²⁰ Veranschlagungen im Haushaltsplanentwurf 2027/2028 belaufen sich für 2027 auf 233,41 Mio. Euro und für 2028 auf 294,75 Mio. Euro.

(Rolle der Beteiligungsunternehmen / „Konzern Stadt“)

Wichtig ist weiter: Die finanzielle Prosperität dieser Stadt bemisst sich nicht nur am Kernhaushalt.

Für die Daseinsvorsorge sind unsere **städtischen Töchter** fast von ebenso großer Bedeutung. Wir investieren daher auch bei unseren Beteiligungsgesellschaften: Mit dem Zukunftscampus der städtischen Kliniken in Merheim und indem wir der KVB Finanzmittel zur Beschaffung von Stadtbahnwagen zur Verfügung stellen.

Wir haben gemeinsam mit dem **Stadtwerkekonzern** einen Kurs zur Ergebnissicherung ausgearbeitet. Es geht um nicht weniger als darum, die Daseinsvorsorge für die Menschen in Köln auch künftig zu sichern und die Herausforderungen der Transformation – z. B. im Bereich Mobilität, Wärme und Energie - zu bewältigen. Wir sichern auf diesem Weg wichtige Zukunftsinvestitionen in Milliardenhöhe.

Das wird den Haushalt zusätzlich fordern und dazu stehen wir. Denn: Wir schultern diese Aufgabe gemeinsam.

Gemeinsame Verantwortung bedeutet in diesen schwierigen Zeiten umgekehrt und zwar für alle städtischen Töchter:

1. Es wird auch dort konsequent an Leistungs- und Effizienzverbesserungen gearbeitet und priorisiert.
2. Wo es wirtschaftlich vertretbar ist, werden Ausschüttungen geleistet und Zuschussbedarfe reduziert.

(Entwicklung der Ertragslage)

Sehr geehrte Mitglieder dieses Rates,

An all diesen Zahlen sehen Sie: Wir bewegen enorme Summen.

Zur Ehrlichkeit gehört gleichzeitig: Mit der Aufgaben- und Kostenentwicklung, die wir aktuell sehen, halten die Erträge unserer Stadt nicht Schritt – sonst wäre das Loch in unserem Haushalt nicht so groß.

Durch den breiten Branchenmix in der Kölner Wirtschaft ist es zwar geglückt, die **Gewerbesteuer** weitgehend stabil zu halten – ja wir konnten unsere Prognosen sogar leicht nach oben setzen – die aktuellen Nachrichten aus Düsseldorf zum

kommunalen Finanzausgleich haben uns bei den Erträgen aber kurz vor der heutigen Haushaltseinbringung einen richtigen Rückschlag verpasst.

Während wir in diesem Jahr noch 659 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen erhalten²¹, sollen es kommendes Jahr nur noch 471 Millionen Euro sein. Das ist ein Einbruch von fast 30% und reißt gegenüber unseren ursprünglichen Planungen allein ein Loch von 197 Mio. Euro²².

In Ihnen wird sich – wie in mir – Protest regen.

Wie kann das bitte schön sein?

Nun, ich vermute, Sie haben keine Zeit für eine mehrstündige Vorlesung?

Dann gestatten Sie eine etwas verkürzte und sehr plakative Erklärung:

Die „wärmende Decke des Finanzausgleichs“ war schon immer zu kurz. Und nun wird diese Decke, also die zur Verteilung kommende Finanzausgleichsmasse, nur um 1,72 Prozent wachsen, und das, obwohl die Bedarfe aller Kommunen massiv gestiegen sind. Gemessen am Gesamtbedarf aller Kommunen wird die Decke daher immer kleiner. Und wenn dann eine Kommune besonders stark friert, die Decke deshalb in diese Richtung verschoben wird, dann reißt das an anderer Stelle kalte Löcher.

So ergeht es aktuell uns: Nicht nur, dass der Bedarf der Stadt Köln als größter NRW-Kommune im Finanzausgleich schon seit langem nicht adäquat abgebildet wird²³, zusätzlich entwickelt sich unsere Steuerkraft etwas besser als der NRW-Durchschnitt. Das zeigen die nun seit zwei Wochen vorliegenden Zahlen. Im Vergleich zu anderen Kommunen sind wir also relativ gesehen steuerstärker geworden und sollen daher nun – wenn ich das Bild der Decke noch einmal bedienen darf – besonders stark „frieren“.

Dass dieses Ergebnis dem hier vor Ort allenthalben sichtbaren Bedarf nicht angemessen Rechnung trägt, ich meine, das versteht sich von selbst.

²¹ Die Festsetzungen für 2026 lagen bei 658.619.371,73 Euro.

²² Der im 1. Veränderungsnachweis berücksichtigte Nachsteuerungsbedarf bei den Schlüsselzuweisungen liegt bei 197.220.331,52 Euro.

²³ Der sog. Elefantenansatz, d.h. der lediglich pauschale Aufschlag in der Hauptsatzstaffel von 3 Prozentpunkten gegenüber der nächstgrößeren Stadt, wird von der Stadt Köln schon seit langem kritisiert.

(Verantwortungsbeiträge Bund / Land)

Schon seit Jahren fordern die kommunalen Spitzenverbände das Land daher auf, den kommunalen Finanzausgleich aufzustocken und den Verbundsatz, d.h. den kommunalen Anteil am „Steuerkuchen“ des Landes zu erhöhen. Er lag bis Anfang der 1980er Jahre bei 28%²⁴. Auch wenn das Land ihn nun erstmals seit fast 50 Jahren wieder etwas angehoben hat (und zwar auf 23,5%) fehlt hier immer noch ein großes Verteilungsvolumen.

Wir brauchen außerdem echte, gelebte Konnexität. Es ist gut und richtig, dass für die neuen Aufgaben auf der Bundesebene nun die Veranlassungskonnexität geschaffen werden soll. Aber was bitte ist mit den bestehenden Aufgaben? Was ist mit den Kostensteigerungen bei der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe, bei der Offenen Ganztagsbetreuung? Was ist mit den Kosten für die Mobilitätswende, für die Transformation der Wärme- und Energieversorgung, was mit den enormen Lasten, die durch die Anpassung an den Klimawandel entstehen und durch die international veränderte Sicherheitslage?

Wir sind bereit, bei diesen so wichtigen Aufgaben unsere Verantwortung hier vor Ort zu übernehmen. Es ist aber nicht hinnehmbar, wenn Bund und Land über unsere Köpfe hinweg Standards beschließen und uns mit den Kosten dann alleine lassen.

Daraus folgt: Wenn bestimmte bundes- oder landesseitig gewünschte Aufgaben nicht finanziert werden können oder sollen, dann müssen diese Aufgaben auf den Prüfstand. Dann braucht es eine ehrliche Debatte und strukturelle Reformen.

Mir – ich glaube uns allen – ist bewusst, dass diese Reformdebatte nicht leicht ist.

Mit Blick auf unseren Haushalt kann ich trotzdem nur appellieren: Liebe Leute, gebt bitte Gas! Uns läuft die Zeit weg. Und bis Reformen greifen, gebt uns bitte eine temporäre Überbrückungshilfe – z.B. durch einen erhöhten Anteil an der kommunalen Umsatzsteuer.

(Schluss)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

²⁴ Bis zum Jahr 1982 lag er bei 28,5. 1983 erfolgte die Absenkung auf 25,5% und 1986 auf 23,0%. Mit dem GFG 2027 soll der Verbundsatz auf 23,5% angehoben werden.

die Kölnerinnen und Kölner erwarten zu Recht eine funktionierende Stadt:

Sie erwarten gute Schulen und Kitas, sichere Straßen, einen leistungsfähigen Nahverkehr, wirksamen Klimaschutz, Kulturorte und eine moderne Verwaltung.

Wir legen Ihnen heute einen Haushalt vor, der die herausfordernde Realität nicht beschönigt, aber auch nicht kapituliert.

Einen Haushalt, der Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen miteinander verbindet.

Wir haben uns sehr ins Zeug gelegt, um die Voraussetzungen für eine Genehmigung des Haushalts zu schaffen. Um eine formale Haushaltssicherung zu vermeiden. Eine Garantie dafür kann ich Ihnen – angesichts der Zahlen - nicht geben.

Die Haushaltskrise wird uns - so oder so - in den kommenden Jahren begleiten. Das muss allen hier im Saal, unseren Mitarbeitenden und auch unseren Bürgerinnen und Bürgern bewusst sein.

Diese Krise zu managen, sie bestmöglich zu bewältigen, ist eine enorme Aufgabe. Eine Aufgabe, die nur gemeinschaftlich und solidarisch zu schaffen ist.

Zur schlichten Wahrheit gehört:

- Wir können uns nicht mehr alles leisten!
- Wir müssen daher ganzheitlich denken. Verteilungskämpfe und Partikularinteressen möglichst hintenanstellen.
- Die Menschen mitnehmen und maximal transparent erklären, was wir machen und warum wir es machen.
- Wir müssen den Mut haben, auf Liebgewonnenes zu verzichten.
Das ist keine Schwäche. Das ist Verantwortung für morgen!

Die Zukunft einer Stadt entscheidet sich nicht daran, ob sie schwierige Zeiten erlebt. Sie entscheidet sich daran, wie sie mit schwierigen Zeiten umgeht.

Also, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Köln ist eine starke, eine innovative, eine solidarische Stadt.

Gehen wir es also gemeinsam an!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.